Deutscher Bundestag **Drucksache 15/4875**

15. Wahlperiode 16. 02. 2005

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Werner Hoyer, Harald Leibrecht, Rainer Funke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/3955 –

Zukunft für Tschetschenien

A. Problem

Die Geiselmorde in Beslan und die Terrorserien in Russland haben den Blick erneut auf das ungelöste Problem des Konflikts in Tschetschenien gelenkt. Das Angebot der Bundesregierung zu logistischer und medizinischer Hilfe an die russische Regierung sei richtig. Dennoch müsse darauf hingewiesen werden, dass der Kampf gegen den Terrorismus mit Augenmaß geführt werden und Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht strikt eingehalten werden müssten. Mit militärischen Mitteln sei dieser Kampf nicht zu gewinnen. Vielmehr müsse es darum gehen, in einem intensiven Dialog mit der arabisch-islamischen Welt zu einer gerechten Lösung von Regional- und Lokalkonflikten zu kommen und eine politische Lösung in Tschetschenien zu suchen, die von der dortigen Bevölkerung akzeptiert und aktiv mitgetragen werde. Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, bei der russischen Regierung auf die Einhaltung des Völkerrechts und der Menschenrechte zu dringen und im vorgeschlagenen Sinne auf die russische Regierung einzuwirken.

Da die Europäische Union wichtigster Handelspartner der Russischen Föderation und größter Geldgeber für humanitäre Hilfe in Tschetschenien sei, komme es darauf an, das Gewicht der Europäischen Union stärker zu nutzen. Sie wird daher aufgefordert, im Rahmen ihrer neuen Nachbarschaftspolitik eine gemeinsame tragfähige Strategie für den Kaukasus zu entwickeln. Finanzhilfen seien in Zukunft an striktere Konditionen zu binden.

Auch der Europarat und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) seien darin zu ermutigen, eine politische Lösung des Tschetschenienkonfliktes anzustreben. Die Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union werden dazu aufgerufen, die Idee eines „Stabilitätspaktes für den Kaukasus“ gemeinsam mit Georgien, Armenien, Aserbaidschan und internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen, der OSZE, dem Europarat sowie internationalen Finanzinstitutionen aufzugreifen und Russland eine entsprechende Zusammenarbeit anzubieten. Es gelte, einen Kampf der Kulturen durch einen Dialog der Kulturen zu verhindern.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 15/3955 abzulehnen.

Berlin, den 16. Februar 2005

Der Auswärtige Ausschuss

Volker Rühe Vorsitzender	**Johannes Pflug** Berichterstatter	**Dr. Andreas Schockenhoff** Berichterstatter
	Marianne Tritz Berichterstatterin	**Harald Leibrecht** Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Johannes Pflug, Dr. Andreas Schockenhoff, Marianne Tritz und Harald Leibrecht

I.

Der Deutsche Bundestag hat den vorliegenden Antrag auf Drucksache 15/3955 in seiner 146. Sitzung am 3. Dezember 2004 beraten.

Der Antrag wurde an den Auswärtigen Ausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 54. Sitzung am 19. Januar 2005 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 61. Sitzung am 26. Januar 2005 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

III.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 57. Sitzung am 16. Februar 2005 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP die Ablehnung.

Berlin, den 16. Februar 2005

Johannes Pflug	**Dr. Andreas Schockenhoff**	**Marianne Tritz**	**Harald Leibrecht**
Berichterstatter	Berichterstatter	Berichterstatterin	Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333